

1450 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Bericht und Antrag

des Ausschusses für innere Angelegenheiten

betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Fremden (Fremdengesetz — FrG) geändert wird

Im Zuge der Beratungen über den Bericht des Bundesministers für Inneres betreffend den Zweiten Wanderungsbericht (III-154 der Beilagen) hat der Ausschuss für innere Angelegenheiten am 9. Dezember 1993 über Antrag der Abgeordneten Robert Elmecker, Dr. Hubert Pirker und Genossen mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Hohen Hause gemäß § 27 Abs. 1 Geschäftsordnungsgesetz einen Selbständigen Antrag vorzulegen, der den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Fremden (Fremdengesetz — FrG) geändert wird, zum Gegenstand hat.

An der diesbezüglichen Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Robert Elmecker, Dr. Helene Partik-Pablé, Dr. Hubert Pirker, Mag. Terezija Stoisits, Hans Helmut Moser, Robert Strobl und Dr. Christian Brünner sowie der Bundesminister für Inneres Dr. Franz Löschnak.

Zum Berichterstatter für das Haus wurde der Abgeordnete Robert Sigl gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für innere Angelegenheiten somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen. %

Wien, 1993 12 09

Robert Sigl
Berichterstatter

Robert Elmecker
Obmann

/.

**Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz
über die Einreise und den Aufenthalt von
Fremden (Fremdengesetz — FrG) geändert
wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Bundesgesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Fremden (Fremdengesetz, BGBl. Nr. 838/1992), zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. xxx/xxxx, wird wie folgt geändert:

Dem § 14 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) In Übereinkommen gemäß Abs. 1 und in Verordnungen gemäß Abs. 2 kann unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit vorgesehen werden, daß Fremden ein Sichtvermerk auch nach sichtvermerksfreier Einreise erteilt werden kann.“

Dem § 17 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Wird der Behörde im Verfahren zur Erlassung einer Ausweisung auf ihr Befragen bekannt, daß der Fremde rechtzeitig einen Antrag auf Verlängerung einer Bewilligung nach dem Aufenthaltsgesetz (§ 6 Abs. 3) gestellt hat, über den noch nicht entschieden wurde, so ist über die Ausweisung erst nach Erledigung dieses Antrages zu entscheiden.“